



CO₂-Emissionsvorschriften – revidierte CO₂-Verordnung und weitere relevante Informationen für Grossimporteure von Lieferwagen und leichten Sattelschleppern für das Referenzjahr 2025

April 2025

Der Bundesrat hat am 2. April 2025 die revidierte CO₂-Verordnung in Kraft gesetzt. Die neuen Bestimmungen treten mit wenigen Ausnahmen rückwirkend per 1. Januar 2025 in Kraft. Das vorliegende Informationsschreiben dient der Bekanntgabe der relevanten Bestimmungen der revidierten CO₂-Verordnung.

Im Rahmen der Kommunikation zum Jahreswechsel 2024/2025 hat das BFE bereits über die im Dezember 2024 bekannten Änderungen gemäss CO₂-Gesetz und CO₂-Verordnung informiert (Infoschreiben vom 9. Dezember 2024, verfügbar via [Sharepoint](#)). Der Vollständigkeit halber werden relevante Bestimmungen aus den bereits verschickten Unterlagen in vorliegendem Dokument noch einmal aufgenommen.

1. Änderungen im CO₂-Gesetz

Das konsolidierte revidierte CO₂-Gesetz kann in der systematischen Rechtssammlung des Bundes eingesehen werden: [SR 641.71 – CO₂-Gesetz](#).

Die vom Parlament beschlossenen Änderungen finden Sie hier: [Vorlage der Redaktionskommission für die Schlussabstimmung](#).

Die Botschaft zur Revision des CO₂-Gesetzes für die Zeit nach 2024 finden Sie hier: [Botschaft zur Revision des CO₂-Gesetzes](#).

1.1. Verschärfte Zielwerte für Lieferwagen und leichte Sattelschlepper

Für die Jahre 2025-2029 gilt für Lieferwagen und leichte Sattelschlepper (LNF) ein Zielwert von 153.9 g CO₂/km. Ab dem Jahr 2030 reduziert sich der Zielwert auf 90.6 g CO₂/km (Art. 10 Abs. 1 Bst. a und c CO₂-Gesetz).

1.2. Anrechnung erneuerbare synthetischer Treibstoffe

Importeure und Hersteller können neu beantragen, dass die CO₂-Verminderung, die durch die Verwendung erneuerbarer synthetischer Treibstoffe erzielt wird, bei der Berechnung der CO₂-Emissionen ihrer Neuwagenflotte berücksichtigt wird. Hierfür müssen sie entsprechende Nachweise vorlegen, aus denen hervorgeht, welche Menge erneuerbarer synthetische Treibstoffe ihnen welcher Inverkehrbringer vertraglich zurechnet (Art. 11a Abs. 1 CO₂-Gesetz).

2. Änderungen in der CO₂-Verordnung

Die Änderungen der CO₂-Verordnung inkl. Erläuterungen sowie die konsolidierte Fassung finden Sie hier: [Bundesrat setzt revidierte CO₂-Verordnung in Kraft](#).

2.1. Inkrafttreten der revidierten CO₂-Verordnung

Die CO₂-Verordnung mit den Ausführungsbestimmungen zum CO₂-Gesetz im Bereich Fahrzeuge tritt rückwirkend per 1. Januar 2025 in Kraft, mit Ausnahme der Änderung des Geltungsbereichs für Fahrzeuge mit einem Leergewicht von über 2'585 kg. Nachfolgend werden die wichtigsten Änderungen erläutert.

2.2. Formel zur Berechnung der Zielvorgabe

In der Revision des Mantelerlasses (seit 1. Januar 2025 in Kraft) wurde ein Teil der für 2025 geltenden Berechnungsparameter bereits abschliessend verabschiedet. Die Steigung der Zielwertgeraden für die Jahre 2025 - 2029 wurde nun im Rahmen der revidierten CO₂-Verordnung vom Bundesrat



verabschiedet. Die Bestimmungen in Bezug der Berechnungsformel für LNF des Jahres 2025 sehen eine variable Steigung der Zielwertgeraden vor. Abhängig davon, ob das durchschnittliche Leergewicht der Neuwagenflotte des Grossimporteurs über oder unter dem Referenzleergewicht liegt, kommt ein anderer Parameter-Wert für die Steigung der Zielwertgeraden zur Anwendung. Die Berechnungsformel 2025 lautet wie folgt (Anhang 4a Ziffer 1 und 2 CO₂-Verordnung):

Individuelle Zielvorgabe der Neuwagenflotte: $z + a * (M_{i,t} - M_{t-2})$ wobei:

Parameter	Bezeichnung	Wert
z	Zielwert (in g CO ₂ /km)	153.9
a	Steigung der Zielwertgeraden: Wenn $M_{i,t} > M_{t-2}$ Wenn $M_{i,t} \leq M_{t-2}$	0.1064 0.0848
$M_{i,t}$	Durchschnittliches Leergewicht der Neuwagenflotte des Grossimporteurs (in kg)	Variabel nach Importeur
M_{t-2}	Referenzleergewicht (in kg)	2110

Die Berechnungsformel für das Jahr 2025 lautet somit wie folgt:

Wenn $M_{i,t} > 2110$: Individuelle Zielvorgabe = $153.9 + 0.1064 * (M_{i,t} - 2110)$

Wenn $M_{i,t} \leq 2110$: Individuelle Zielvorgabe = $153.9 + 0.0848 * (M_{i,t} - 2110)$

2.3. Berechnung der durchschnittlichen CO₂-Emissionen einer Neuwagenflotte

Grundsätzlich werden die massgebenden CO₂-Emissionen einer Neuwagenflotte wie bisher über den Mittelwert der Neuwagenflotte ermittelt. Die CO₂-Verordnung sieht jedoch unterschiedliche Erleichterungen für Grossimporteure vor. Diese können die durchschnittlichen CO₂-Emissionen einer Neuwagenflotte oder die Emissionen einzelner Fahrzeuge rechnerisch reduzieren (Art. 27 i. V. m. Anhang 4c CO₂-Verordnung). Zur Berechnung der massgebenden durchschnittlichen CO₂-Emissionen einer Neuwagenflotte sind somit die nachfolgend beschriebenen Bestimmungen zu berücksichtigen. Die Herleitung der massgebenden durchschnittlichen CO₂-Emissionen ist zudem im Berechnungsbeispiel für Grossimporteure auf der BFE-Website dokumentiert.

2.3.1. Verminderung durch erneuerbare synthetische Treibstoffe

Neu haben Importeure die Möglichkeit, mittels Anrechnung von erneuerbaren synthetischen Treibstoffen die durchschnittlichen CO₂-Emissionen ihrer Neuwagenflotte zu senken (Art. 11a CO₂-Gesetz i. V. m. Art. 26b CO₂-Verordnung). Als erneuerbare synthetische Treibstoffe gelten synthetische Treibstoffe, die unter Verwendung von anderen erneuerbaren Energiequellen als Biomasse hergestellt wurden (Art. 26b Abs. 2 Bst. a CO₂-Verordnung).

Wird einem Fahrzeugimporteur eine bestimmte Menge erneuerbarer synthetischer Treibstoff vertraglich zugerechnet, so kann der Importeur beantragen, dass die durch die Verwendung dieses Treibstoffs erzielte CO₂-Verminderung bei der Berechnung der massgebenden CO₂-Emissionen seiner Neuwagenflotte berücksichtigt wird. Die Verminderung wird dabei auf die CO₂-Emissionen in g CO₂/km unter Berücksichtigung der durchschnittlichen erwarteten Lebensfahrleistung der LNF umgerechnet (Art. 26b Abs. 2 CO₂-Verordnung). Bei der Anrechnung wird nicht nach der Antriebsart der Fahrzeuge in der Neuwagenflotte unterschieden, sondern lediglich nach dem ersetzten fossilen Treibstoff. Es ist folglich irrelevant, ob die Fahrzeuge in der Neuwagenflotte den fraglichen Treibstoff im Einzelfall verwenden können oder nicht.

Der Nachweis, dass der ökologische Mehrwert der anzurechnenden synthetischen Treibstoffe ausschliesslich an die Flotte des gesuchstellenden Fahrzeugimporteurs angerechnet wird (und nicht an andere gesetzliche Pflichten oder andere Importeure), wird mit der Zuweisung auf dem Herkunftsnachweis im HKN-System erbracht. Der Fahrzeugimporteur muss sich zu diesem Zweck mit



dem Treibstofflieferanten (Inverkehrbringer oder nachfolgender Eigentümer des Herkunftsnachweises) einigen und durch ihn die Zuweisung auf dem Herkunftsnachweis erfassen lassen. Der physische Stofffluss, bzw. die Abgabe zwecks Verbrauchs im Verkehr, ist dabei von der Anrechnung an die Neuwagenflotte entkoppelt. Will ein Grossimporteur von Fahrzeugen eine CO₂-Verminderung durch den Einsatz von erneuerbaren synthetischen Treibstoffen für eine Neuwagenflotte geltend machen, so hat er das entsprechende Gesuch jeweils bis zum 31. Januar nach Ende des Betrachtungsjahres beim BFE einzureichen:

- **Umsetzung:** Über die detaillierten Prozesse für die Anrechnung erneuerbarer synthetischer Treibstoffe wird zu einem späteren Zeitpunkt informiert.
- **Berechnung:** Die Berechnung der Verminderung der CO₂-Emissionen durch die Verwendung von erneuerbaren synthetischen Treibstoffen erfolgt gemäss Anhang 4b der CO₂-Verordnung. Sie wird zudem im Kontext mit der Überprüfung der Einhaltung der Zielvorgabe im Berechnungsbeispiel für Grossimporteure als Praxisbeispiel dokumentiert.

2.3.2. Erleichterungen bei emissionsarmen und emissionsfreien Fahrzeugen (Zielmarktanteile)

Grossimporteuren wird während einer begrenzten Zeit eine Erleichterung für das Erreichen der Zielwerte gewährt (Art. 12 Abs. 4 CO₂-Gesetz). Diese Erleichterung wird an den Anteil von emissionsarmen und emissionsfreien LNF in der Neuwagenflotte geknüpft und soll somit einen zusätzlichen Anreiz setzen, vermehrt Fahrzeuge mit tiefen CO₂-Emissionen zum Verkehr zuzulassen (Art. 12 Abs. 4 CO₂-Gesetz i. V. m. art. 26c Abs. 1 CO₂-Verordnung).

Analog zur entsprechenden Regelung in der EU wird unter Berücksichtigung der Schweizer Marktgegebenheiten ein Schwellenwert für den Anteil solcher Fahrzeuge definiert. Dieser ist in der Schweiz für die Jahre 2025 - 2027 variabel. Überschreitet der Anteil emissionsfreier und emissionsarmer Fahrzeuge an einer Neuwagenflotte eines Grossimporteurs den Schwellenwert (Art. 26c Abs. 1 Bst. a), werden die durchschnittlichen CO₂-Emissionen der Neuwagenflotte rechnerisch um die Überschreitung in Prozent vermindert, wobei bei LNF jährlich ein maximaler Reduktionssatz gilt (Abs. 3). Das Verfehlen des Schwellenwerts hat keine Konsequenz. Emissionsarme LNF werden für die Erreichung des Schwellenwerts analog zur EU-Regelung gemäss ihrem CO₂-Ausstoss gewichtet. Als emissionsarm gelten LNF mit einem CO₂-Ausstoss von maximal 50 g CO₂/km (Anhang 4c Ziffer 1 CO₂-Verordnung). Der Schwellenwert und der maximale Reduktionssatz lauten für die Jahre 2025 – 2027 wie folgt:

Jahr	Schwellenwert	Max. Reduktionssatz
2025	8%	7%
2026	9%	6%
2027	10%	5%

2.3.3. Reduktion der CO₂-Emissionen durch Ökoinnovationen und Biogas

Die bisherigen Bestimmungen zur Reduktion der CO₂-Emissionen durch Ökoinnovationen und Biogas bleiben bestehen. Demnach werden die CO₂-Emissionen von LNF, die mit Erdgas angetrieben werden, um 20 Prozent reduziert (Art. 26a CO₂-Verordnung). In Bezug auf die Ökoinnovationen bleiben weiterhin jene Technologien anrechenbar, die auch von der europäischen Kommission gemäss Artikel 11 der Verordnung (EU) 2019/631 anerkannt werden (Art. 26 CO₂-Verordnung). Die CO₂-Emissionen von LNF die über Ökoinnovationen verfügen oder mit Erdgas angetrieben werden, werden arithmetisch auf einen Hundertstel Gramm CO₂/km gerundet (Art. 26a Abs. 2 Bst. a CO₂-Verordnung).

2.4. Berechnung der Sanktion für Grossimporteure

Ein Beispiel für die Sanktionsberechnung für Grossimporteure des Jahres 2025 ist auf der Website des BFE einsehbar.



2.5. Änderung Geltungsbereich von Lieferwagen und leichten Nutzfahrzeugen

LNF mit einem Leergewicht von über 2'585 kg, die nach dem Abgasmessverfahren für schwere Fahrzeuge genehmigt sind, waren bisher vom Geltungsbereich der CO₂-Emissionsvorschriften ausgenommen. Neu sind diese Fahrzeuge dem Geltungsbereich der CO₂-Gesetzgebung unterstellt. Liegen für solche Fahrzeuge keine CO₂-Emissionswerte nach dem WLTP-Messverfahren vor, werden diese gemäss Anhang 4 der CO₂-Verordnung berechnet. Für die Einführung dieser Regelung gilt eine Übergangsfrist: Entsprechende Fahrzeuge über 2'585 kg Leergewicht, die bis zum 30. April 2025 zum Verkehr in der Schweiz zugelassen werden, sind vom Geltungsbereich noch ausgeschlossen (Art. 146af Abs. 2 und 3). Ab dem 1. Mai 2025 sind sie unterstellt.

Neu sind zudem Militärfahrzeuge, die zu militärischen Zwecken eingesetzt werden (gemäss Art. 4 Bst. a VMSV), vom Geltungsbereich der CO₂-Emissionsvorschriften ausgenommen. Dabei handelt es sich um Fahrzeuge aller Kategorien mit Armeekennzeichen, die für die Truppe bestimmt sind, nicht aber für die Militärverwaltung oder andere Zwecke.

3. Weitere relevante Informationen für das Jahr 2025

3.1. Ende der Übergangsbestimmung des Geltungsbereichs für Gebrauchtwagen

Bis Ende 2023 fielen Fahrzeuge, die vor mehr als 6 Monaten vor der Zollanmeldung im Ausland zum Verkehr zugelassen worden sind, nicht in den Geltungsbereich der CO₂-Emissionsvorschriften. Seit dem Jahr 2024 fallen Fahrzeuge, die zwischen 6 und 12 Monate vor der Zollanmeldung zum Verkehr im Ausland zugelassen worden sind, ebenfalls in den Geltungsbereich der CO₂-Emissionsvorschriften - dies jedoch nur, wenn sie zum Zeitpunkt der Zollanmeldung eine Fahrleistung von weniger als 5000 km aufweisen (Art. 17d Abs. 3 Bst. b Ziff. 1 CO₂-Verordnung). Für Fahrzeuge, die bis zum 31.12.2023 beim Schweizer Zoll angemeldet wurden, galt im Jahr 2024 übergangsweise noch die altrechtliche Bestimmung. Diese Übergangsbestimmung endete am 31. Dezember 2024. Seit dem 1. Januar 2025 gelten somit für alle Fahrzeugarten dieselben Bestimmungen in Bezug auf die Fristen, unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Zollanmeldung.

3.2. Zielwertüberschreitung und Sanktionsbeträge 2025

CO₂-Emissionen, welche die individuelle Zielvorgabe überschreiten, werden zur Berechnung der Sanktion auf einen Hundertstel abgerundet (Art. 30 Abs. 2 CO₂-Verordnung). Die zu entrichtenden Sanktionsbeträge bei Überschreiten der individuellen Zielvorgabe betragen für das Referenzjahr 2025 für jedes Gramm CO₂/km über der individuellen Zielvorgabe CHF 95.- (Anhang 5 CO₂-Verordnung).

3.3. Wichtige Hinweise für Fahrzeuge, die zollbefreit in die Schweiz kommen und zum Verkehr zugelassen werden

Fahrzeuge, die zollbefreit in die Schweiz eingeführt werden und in der Schweiz zum Verkehr zugelassen werden, sind grundsätzlich dem Geltungsbereich der CO₂-Emissionsvorschriften unterstellt. Dies wurde bisher nicht so gehandhabt. Die betroffenen Fahrzeuge wurden im Rahmen der CO₂-Emissionsvorschriften bisher fälschlicherweise nicht berücksichtigt. Ab dem 22. April 2025 werden entsprechende Fahrzeuge in den Neuwagenflotten der Grossimporteure berücksichtigt. Für zollbefreite Fahrzeuge, wird die Frist betreffend Gebrauchtwagen analog zu den übrigen Fahrzeugen berechnet und entspricht dem Zeitraum zwischen der ersten Zulassung im Ausland und dem Datum der Zollanmeldung in der Schweiz.

3.4. Umsetzung Abtretungen ab dem 1. Januar 2025

Möchte ein Importeur ein von ihm importiertes Fahrzeug an einen Grossimporteur abtreten, hat die Abtretungsmeldung an das BFE vor der Schweizer Erstinverkehrsetzung des Fahrzeugs zu erfolgen (Art. 22a Abs. 2 CO₂-Verordnung). Bis Ende 2024 wurden die beiden massgebenden Ereignisse (Abtretungsmeldung und Schweizer Erstinverkehrsetzung) tagesscharf erfasst. Dadurch wurden



Abtretungsmeldungen, die am gleichen Tag wie die Schweizer Erstinverkehrsetzung erfolgten generell berücksichtigt. Seit dem 1. Januar 2025 ist ein genaueres Abgleich möglich. Dies hat zur Folge, dass Abtretungen, die am gleichen Tag wie die Schweizer Erstinverkehrsetzung gemeldet werden, nur noch dann berücksichtigt werden, wenn die Meldung zeitlich vor der Inverkehrsetzung erfolgt. Andernfalls ist die Abtretung ungültig.

Seit dem 2. Quartal 2024 werden Abtretungen via das eGovernment Portal UVEK gemeldet. In wenigen Ausnahmefällen können diese Abtretungen von den neuen Systemen (eGovernment Portal UVEK und KDI-Portal) nicht verarbeitet werden. Dies betrifft insbesondere Fahrzeuge mit einer VIN die nicht 17-stellig ist, modifizierte Fahrzeuge bei welchen vom CoC abweichende Daten geltend gemacht werden möchten oder emissionsfreie Nutzfahrzeuge der Kategorie N2 (bis Gesamtgewicht 4250 kg – Bourgeois-Fahrzeuge). Für diese Fälle hat das BFE einen Workaround erstellt. Dabei werden die Fahrzeuge mit einem eigens dafür erstellten Formular abgetreten. Dieses Formular ist seit dem Jahr 2025 auf der BFE-Website verfügbar: [Abtretungsprozess](#).

3.5. Verarbeitung modifizierter Fahrzeuge

Fahrzeuge, die vor der Erstinverkehrsetzung dahingehend modifiziert werden, dass sie nicht mehr auf Basis des CoC zum Verkehr zugelassen werden können, wurden bislang im Rahmen der CO₂-Emissionsvorschriften mit dem modifizierten Gewicht und den CO₂-Emissionen gemäss CoC-Basisfahrzeug berücksichtigt. Da in der Regel durch Modifikationen das Leergewicht zunimmt, wurden in der Vergangenheit bei solchen Fahrzeugen oft zu tiefe CO₂-Emissionen verwendet. Der Importeur hat seit dem Jahr 2025 die Wahl, ob er sämtliche Daten gemäss CoC geltend machen möchte oder jene des modifizierten Fahrzeugs. Im ersten Fall kann der Importeur die Vorgaben aus der CO₂-Gesetzgebung über die gewohnten Prozesse abwickeln (KDI-Portal und eGovernment Portal UVEK). Für den Fall, dass der Importeur die Daten des modifizierten Fahrzeugs geltend machen möchte, haben ASTRA und BFE einen entsprechenden Workaround entwickelt. In diesem Fall sind Importeure angehalten sich vor der Registrierung des Fahrzeugs auf dem KDI-Portal mit dem ASTRA oder dem BFE in Verbindung zu setzen. Möchte ein Importeur die Daten des modifizierten Fahrzeugs geltend machen, hat er zudem einen Nachweis der CO₂-Emissionen einer amtlich anerkannten Prüfstelle zu erbringen. Alternativ werden die CO₂-Emissionen auf Basis der Berechnungsformeln von Anhang 4 der CO₂-Verordnung ermittelt.

Diese Regelung gilt explizit nicht für mehrstufige Fahrzeuge, die für eine Zulassung vervollständigt werden müssen.

3.6. Aktualisierung Richtlinie CO₂-Vollzug

Das BFE aktualisiert hinsichtlich der neuen Bestimmungen der CO₂-Emissionsvorschriften für Fahrzeuge die bestehende Richtlinie für Grossimporteure. Die Richtlinie beinhaltet die zentralen Prozesse und weitere wichtige Informationen zum CO₂-Vollzug. Sie wird bis spätestens 1. Mai 2025 in einer aktualisierten Fassung auf der Website des BFE bereitgestellt: www.bfe.admin.ch/auto-co2 → Dokumente → [Vollzug der CO₂-Emissionsvorschriften für Neuwagen. Richtlinie für Grossimporteure](#).



4. Kontakt bei Rückfragen

Weitere Informationen sind auf der Website des BFE verfügbar: www.bfe.admin.ch/auto-co2.

Kontakt bei allgemeinen Rückfragen

Bei rechtlichen Fragen oder für Rückmeldungen zur Sanktionsberechnung und zur Datengrundlage steht Ihnen das Vollzugsteam des BFE gerne zur Verfügung:

PW:

Mirco Studer, Fachspezialist Energieeffizienter Verkehr:
mirco.studer@bfe.admin.ch, Tel. +41 (0)58 462 54 07

LNF:

Elias Zurfluh, Fachspezialist Energieeffizienter Verkehr:
elias.zurfluh@bfe.admin.ch, Tel. +41 (0)58 465 21 07

Kontakt bei Fragen zur Digitalisierung des CO₂-Vollzugs

Bei Rückfragen zur Digitalisierung des CO₂-Vollzugs stehen Ihnen Adolf Zobrist und Matthias Vogt gerne zur Verfügung: E-Mail: co2-auto@bfe.admin.ch, Tel. +41 (0)58 464 54 40